

Stv. Retzerau begründet zunächst den nachfolgend genannten Antrag der SPD-Fraktion:

1. Dass in der Sitzung des Stadtrates am 31.05.00 anliegender Satzungsentwurf für ein Jugendparlament in Bergneustadt beschlossen wird. Die entsprechenden Wahlen sind unter Leitung der Stadt in Verantwortung der jeweiligen Vereine, Organisationen, Schulen usw. durchzuführen.
2. Dass die Verfasser des Satzungsentwurfes, die Schulleiter und Vertrauenslehrer, der Leiter der Begegnungsstätte Hackenberg, der Vorsitzende des Stadtjugendringes usw. zu entsprechenden Vorbesprechungen über die Durchführung der Wahlen eingeladen werden.
3. Die Leitung dieser Versammlung und die weiteren Schritte, Besprechungen usw. sind von der Begegnungsstätte zu moderieren.

In einer ausführlichen Stellungnahme erklärt Stv. Neukrantz, dass die CDU-Fraktion die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes grundsätzlich befürworte, dem vorliegenden SPD-Antrag jedoch nicht zustimmen könne, da insbesondere die vorgelegte Satzung in mehreren Punkten kommunalrechtlich nicht zulässig sei und zudem ein Eingriff in die Autonomie der Jugendlichen vorliege, wenn der Stadtrat einen Satzungsbeschluss fasse.

In der nachfolgenden eingehenden Diskussion werden die unterschiedlichen Standpunkte der Fraktionen hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise bei der Einrichtung eines Jugendparlamentes erörtert.

Seitens der SPD-Fraktion wird der Antrag auf Beschlussfassung in Kenntnisnahme der Satzung geändert.

Stv. Pütz beantragt schließlich eine Sitzungsunterbrechung, um den anwesenden Jugendlichen die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben.

Mit 15 Ja- bei 18 Neinstimmen wird dieser Antrag abgelehnt.

Nach einer weiteren Erörterung beantragt Stv. Vogel erneut eine kurze Sitzungsunterbrechung. Im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung beantragt Stv. Jordan, wie folgt zu verfahren und zu beschließen.

„Der Rat der Stadt Bergneustadt befürwortet die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes und schlägt vor, eine kleine Kommission der betroffenen Gruppen sowie der Verwaltung einzurichten, die vor der Sommerpause die weitere Vorgehensweise hinsichtlich Wahlen, Einrichtung und Organisation des Jugendparlamentes im Detail erörtern soll.“

Bürgermeister Noss erklärt daraufhin, dass die Verwaltung bereit sei, sich mit den Jugendlichen zusammenzusetzen, um die weiteren Details der Einrichtung eines Jugendparlamentes hinsichtlich der Wahlen, der Einrichtung und der Organisation zu besprechen. Die Verwaltung werde ihren Möglichkeiten

entsprechend die notwendige Hilfestellung leisten. Inhaltliche Details und zeitliche Abfolgen sollten im weiteren Verfahren festgelegt werden. Der Stadtrat werde hierüber umgehend informiert.

Beschluss:

Einstimmig beschließt der Stadtrat, entsprechend der Vorgabe von Bürgermeister Noss zu verfahren.